

### »Große Koalition« der Region macht Druck

03.04.2007 00:00 von Bi-Bahntrasse

#### »Große Koalition« der Region macht Druck

##### Regionale Bundestagsabgeordnete sind für mehr Lärmschutz entlang der Rheintalbahn

Bei der Lösung der Lärmprobleme entlang der geplanten Güterbahnlinie zwischen Offenburg und Basel rücken die regionalen Bundestagsabgeordneten aller Parteien enger zusammen.

**Freiburg.** Bei einer gemeinsamen Gesprächsrunde im Regierungspräsidium Freiburg betonten Peter Weiß (CDU), Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), Kerstin Andreae (Grüne) sowie Hans Burgbacher und Sibylle Laurischk (beide FDP), sie sähen »politischen Handlungsbedarf beim Lärmschutz«. Die Leute entlang der Rheintalbahn erwarteten, so sagten die Teilnehmer an der »großen Koalition« am Ober- und Hochrhein, dass der Lärm gemindert werde. Der Lärm müsse europaweit an der Quelle bekämpft und deshalb die Umrüstung der Güterwagen vorangetrieben werden, forderte Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD, Waldshut). Die grüne Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae sprach sich für eine schnelle Modernisierung des rollenden Materials aus. Sie verlangte ferner die Einführung eines lärmabhängigen Trassenentgelt für Güterzüge. »Wer laut ist, zahlt mehr, und wer leise ist, zahlt weniger«, so Andreae.

#### Realistische Maßnahmen

Die baden-württembergische Landesregierung begrüßte bereits vor wenigen Wochen die Förderung der Umrüstung der alten und lauten Güterwagen und die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise bei der Deutschen Bahn. Weniger konkret fielen die Stellungnahmen der Bundestagsabgeordneten zu den diskutierten Trassen- und Tunnelvarianten in Offenburg, zwischen Herbolzheim und Kenzingen sowie im Markgräflerland aus. Die Bundespolitiker setzten sich bei der Gesprächsrunde im Regierungspräsidium dafür ein, die Forderungen »auf realistische Maßnahmen« zu konzentrieren. Dazu gehören Trassenverschiebungen im nördlichen Breisgau und zwischen Bad Krozingen und Buggingen. Er halte allerdings die so genannte »Herrenknecht-Trasse« durch den Kaiserstuhl und das Markgräflerland für »unrealistisch«, betonte Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg.